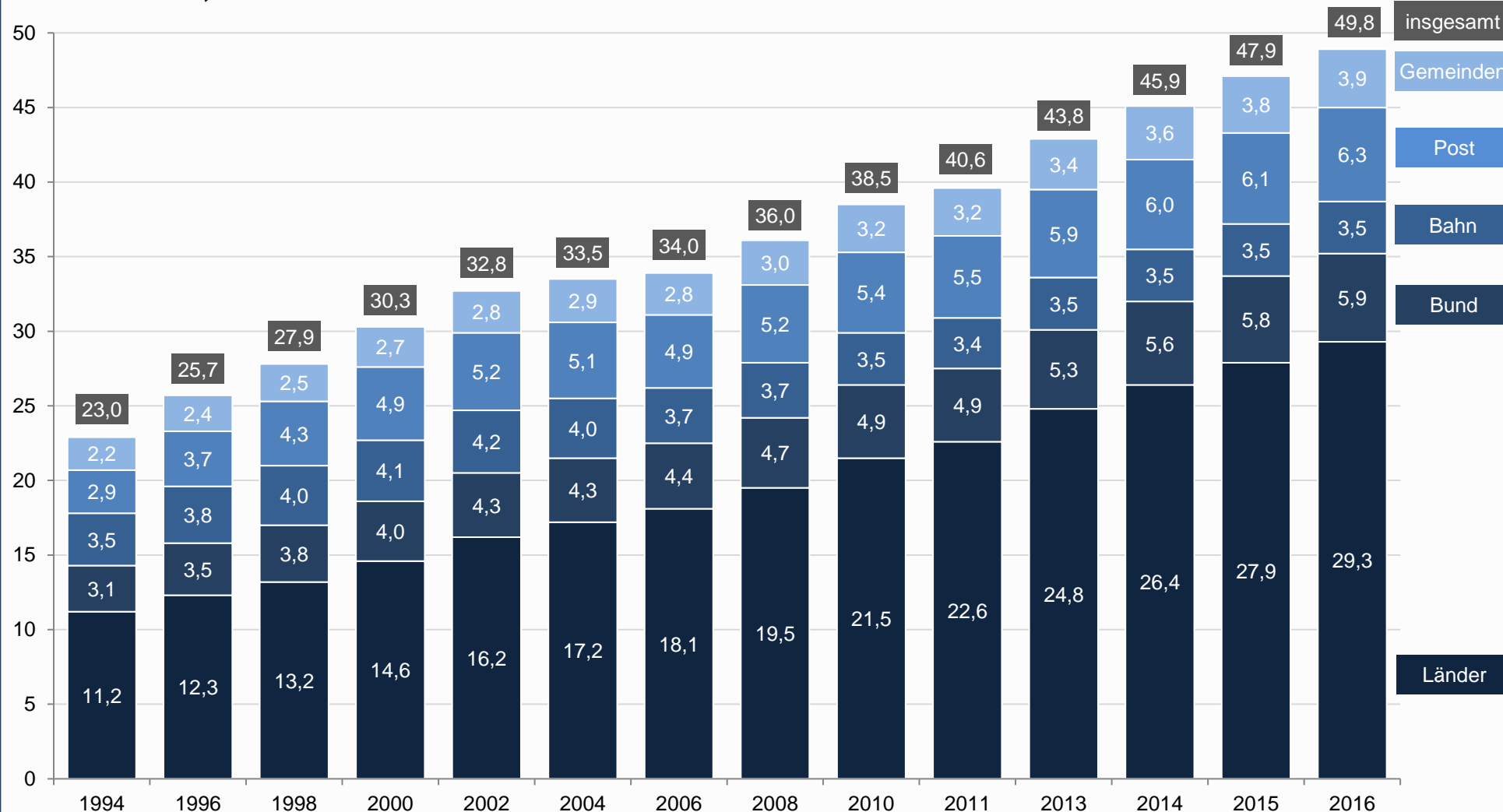


■ Versorgungsausgaben nach Beschäftigungsbereichen 1994 - 2016 in Mrd. Euro, brutto



Quelle: Statistisches Bundesamt (2018), Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes, Fachserie 14, Reihe 6.1

Versorgungsausgaben nach Beschäftigungsbereichen 1994 - 2016

Die Versorgung der Beamten im Alter (Ruhegehalt) sowie im Hinterbliebenenfall (Witwen-/Witwer- und Waisengeld) wird aus den allgemeinen Haushalten der jeweils zuständigen Gebietskörperschaften finanziert. Zwar sind einzelne Bundesländer und auch der Bund dazu übergegangen, durch Einrichtung von Pensionsfonds für neu eingestellte Beamte einen Teil der Versorgungsausgaben teilweise „vorzufinanzieren“. Das ändert jedoch wenig an den aktuellen Belastungen.

Wie die Abbildung zeigt, fallen bei den Bundesländern, die auch den Großteil der Beamten beschäftigten, die höchsten Ausgaben an. Im Jahr 2016 waren dies 29,3 Mrd. Euro, dies entspricht mehr als der Hälfte (58,8 %) des gesamten Versorgungsaufwands von 49,8 Mrd. Euro. Aus dem Sozialbudget ist zu entnehmen (vgl. [Tabelle II.1](#)), dass die Beamtenpensionen etwa 5,8 % aller Sozialleistungen und 1,8 % Bruttoinlandsproduktes ausmachen.

Eine große Bedeutung haben die Versorgungsempfänger auch bei den ehemaligen Bundesunternehmen Bahn und Post (Bundespost, Telekom, Postbank), währenddessen sowohl beim Bund als auch bei den Gemeinden Zahl und Anteil der Beamten und entsprechend der Versorgungsempfänger weniger stark ins Gewicht fallen. Der Leistungsbereich der Beamtenversorgung umfasst vor allem die Zahlung von Ruhegehältern wegen Erreichen der Altersgrenzen oder wegen Dienstunfähigkeit sowie von Leistungen an Hinterbliebene. Finanziert wird die Beamtenversorgung aus den Haushalten der jeweils zuständigen Gebietskörperschaft.

Verfolgt man die Entwicklung der Versorgungsausgaben seit 1994 sind es wiederum die Länder, die den stärksten Anstieg aufweisen, denn die Bundesländer sind für die personalintensiven Bereiche „innere Sicherheit und Justiz (Polizei, Richter)“ sowie „Bildung (Lehrer und Hochschullehrer)“ verantwortlich. Die Bildungsexpansion seit 1970 wie auch die Verstärkung der Polizei haben hier zu einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Beamten geführt, der im Zeitverlauf dann die Versorgungsempfänger folgen.

Methodische Hinweise

Die Daten entstammen den Angaben des Statistischen Bundesamtes „Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes“. Die aufgeführten Gesamtausgaben sind höher als die Summe der einzelnen Bereiche, da sonstige Ausgaben in dieser Grafik nicht berücksichtigt werden.